



im Bezirksausschuss 3 Maxvorstadt

München, den 20.12.2019

Wettbüros und Table Dance Bars im Bereich des BA3

Antrag:

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, Genehmigungsverfahren für die Einrichtung von Wettbüros, Wettannahmestellen und Table Dance Bars in Wohngebieten restriktiver zu begleiten. Dabei sollten auch rechtliche Wege geprüft werden, wie z.B. Einschränkungen durch neue städtische Satzungen und Verordnungen, um die Belastungen für Anwohner, die durch den Betrieb der genannten Einrichtungen entstehen, zu reduzieren; insbesondere wenn sich mehrere dieser Betriebe in unmittelbarer räumlicher Nähe zueinander befinden.

Begründung:

In dem Haus an der Südwestecke der Kreuzung Karlstraße und Dachauer Straße befindet sich seit mehreren Monaten ein Wettbüro (davor war in der Ladeneinheit ein Frisörgeschäft). Dies ist ein Betrieb, der in der Regel nicht der Nahversorgung der dort wohnenden Bürger der Maxvorstadt dient. Dazu macht in unmittelbarer Nähe der Kreuzung in der Karlstraße eine Table Dance Bar auf (wenige Jahre zuvor wurde dort schon eine ähnliche Bar betrieben, in der es auch zu Fällen der unerlaubten Prostitution kam). Dazu hat sich in diesem Bereich der Karlstraße in den letzten Monaten noch eine lebendige Trinkerszene etabliert (auch ein Verdrängungseffekt der Umbaumaßnahmen am Hauptbahnhof).

Somit verkehren dort nun neue und unterschiedliche Personengruppen, die aus verschiedenen persönlichen Motivationen von Konsum und Amüsement (zum Teil auch mit Suchtproblematiken) diese Betriebe und den öffentlichen Raum aufsuchen.

Diese komplexe Gemengelage bedeutet eine Belastung für die Wohnqualität der Anwohner und sie ist auch ein Effekt, der das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger schwächen kann. Eine erhöhte Sensibilität ist dort auch angezeigt, da in diesem Bereich viele Familien wohnen und sich eine Kindertagesstätte sowie auch eine Einrichtung für obdachlose Frauen befinden. Diese besondere Fallkonstellation in diesem Bereich der Maxvorstadt erfordert konkrete Maßnahmen, um die Belastungen für die Anwohner zu reduzieren. Die Landeshauptstadt wird aufgefordert zu prüfen, ob eine schnelle Entlastung erreicht werden kann; dabei sollen auch neue Möglichkeiten geprüft werden (z.B. Kooperationen mit Streetwork, KAD, Polizei oder auch neues Stadtrecht mit entsprechenden Verordnungen und Satzungen).

Antragsteller:

Sven Müller, Gesche Hoffmann-Weiss, Werner Stadler, Hans-Stefan Selikovsky